



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede im Deutschen Bundestag
am 24. März 2011

Das Parlament ist keine Genehmigungsbehörde

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich wundere mich schon darüber, welche Debatte wir heute führen und – genauer gesagt – was die SPD heute hier fordert.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ja!)

Der Wunsch, dem Parlament ein Mitspracherecht bei Rüstungsexporten einzuräumen, ist nicht wirklich neu. Am 19. Oktober 2000 hat zum Beispiel die damalige PDS einen Antrag ins Parlament eingebracht, in dem sie genau das fordert. Meine Damen und Herren von der SPD, ich erspare es Ihnen, jetzt darzulegen, mit welcher Begründung die Redner der SPD dies damals abgelehnt haben.

(Christoph Schnurr [FDP]: Das wäre aber interessant!)

Ich könnte die SPD-Reden von damals heute fast selbst halten.

Meine Damen und Herren, Sie waren danach noch neun Jahre an der Regierung beteiligt. Warum haben Sie denn in dieser Zeit keine Parlamentsbeteiligung eingeführt?

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ja!)

Zumindest mit Blick auf die Zeit bis 2005 können Sie wohl nicht sagen, dass es an uns gelegen habe.

(Heidmarie Wieczorek-Zeul [SPD]: Da können Sie uns viel erzählen!)

Ich vermute, dass es nicht an den Grünen lag, sondern daran, dass Sie selbst es nicht als sinnvoll erachtet haben. Da hatten Sie recht: Wir sind als Parlament keine Genehmigungsbehörde.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Exekutive! – Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD]:
Ja! Ja!)

Das ist klassische Aufgabe von Verwaltung und Regierung. Der Kollege Fritz hat es vorhin ausgeführt.

Aber wir üben parlamentarische Kontrolle aus. Diese Aufgabe müssen wir ernst nehmen. Ich bin zum Beispiel in dem Punkt, den Sie in Ihrem Antrag aufführen, nämlich dass die Rüstungsexportberichte schneller vorgelegt werden müssen, völlig Ihrer Meinung. Frau Kollegin Keul hat es ebenfalls angesprochen.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Elf Jahre im Bundessicherheitsrat!)

Aber warum Sie jetzt plötzlich bei der Frage der Parlamentsbeteiligung auf die Position der Linken umschwenken, ist mir nicht erklärbar.

(Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD]: Weil das die Forderung der evangelischen und der katholischen Kirche ist! – Zurufe von der FDP)

– Diese Position haben Sie übernommen. Ich möchte über die Gründe nicht spekulieren; das ist Ihre Sache.

Mich stört aber, dass Sie in Ihrem Antrag unterschwellig den Eindruck erwecken, dass die Bundesregierung bei der Genehmigung von Exportgeschäften seit Ihrem Ausscheiden aus der Regierung plötzlich verantwortungslos handelt.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Elf Jahre Bundessicherheitsrat! Das ist schon spektakulär!)

Das ist nicht gerechtfertigt; das wissen Sie auch. Deswegen verwenden Sie in Ihrem Antrag vorsichtshalber auch nur Formulierungen wie „es könnte sein“, „es besteht die Gefahr, dass ...“ und „das kann dazu führen“.

Meine Damen und Herren, Sie wissen auch, dass die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus Ihrer rot-grünen Regierungszeit und der Gemeinsame Standpunkt der Europäischen Union aus 2008 unverändert Grundlage für Genehmigungen sind. Die christlich-liberale Koalition hat daran nichts geändert.

Die Entscheidungen über Ausfuhranträge erfolgen einzelfallbezogen unter besonderer Berücksichtigung der außenpolitischen Position und der Menschenrechtsslage im Empfängerland. Genehmigungen werden nur erteilt, wenn zuvor der Endverbleib im Endempfängerland sichergestellt ist. Auch an diesem Verfahren haben wir nichts geändert. Die Kriterien, die in Ihrer Regierungszeit galten, gelten auch heute noch.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Kollege Dr. Reinhard Brandl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ströbele?

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Ja, ich gestatte sie.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Dann hat der Kollege Ströbele jetzt Gelegenheit, eine Zwischenfrage zu stellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Herr Präsident. – Sie haben mich aufmerken lassen, als Sie gesagt haben, der Endverbleib werde sichergestellt. Wie wird er sichergestellt? Was sagen Sie dazu, dass die Regierung des Landes, in das geliefert wird – das gilt zum Beispiel im Fall von Mexiko –, nicht einmal darüber informiert wird, dass es eine Einschränkung gibt? Wie soll angesichts dessen der Endverbleib sichergestellt werden? Können Sie mir das erklären?

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Es ist richtig, dass es Fälle wie den gibt, den Sie ansprechen. Wir erfahren davon manchmal aus der Presse. Auch ich habe mich geärgert, als ich Gaddafi gesehen

habe oder als gemeldet wurde, dass Heckler & Koch Waffen in eine Unruheprovinz geliefert haben soll.

(Erich G. Fritz [CDU/CSU]: Wenn es denn so stimmt!)

Der Punkt ist: Das müssen wir aufklären. Im Fall von Heckler & Koch sind Gerichte dafür zuständig. Diese Ermittlungen warten wir ab.

Jedes Jahr werden viele Anträge gestellt. Ich glaube, es sind 16 000 Anträge. Das ist eine große Zahl.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Die prüft dann alle Herr van Aken!)

Wenn es in Einzelfällen zu Problemen kommt, dann muss man daraus lernen. Das ist ja richtig.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können das gar nicht sicherstellen!)

Vielen Dank für die Zwischenfrage, Herr Kollege.

Es gibt einen zweiten Punkt in Ihrem Antrag, der mich stört. Sie stellen sehr undifferenziert jede mögliche Ausweitung von Rüstungsexporten als Gefahr für den Frieden dar. Es findet sich zum Beispiel kein Hinweis darauf, dass der größte Teil der tatsächlich ausgeführten Kriegswaffen in NATO-, der NATO gleichgestellte oder EU-Länder geht. 2009 waren es 76 Prozent. Da stellt sich die Frage, wie Sie es grundsätzlich mit der deutschen Rüstungsindustrie halten. Mich stört die Doppelzüngigkeit, mit der hier manchmal gesprochen wird. Wir fordern hier immer wieder – diesbezüglich gibt es einen breiten Konsens –, dass die Bundeswehr für ihre Aufgaben bestmöglich ausgerüstet wird. Ich bin froh, dass wir wesentliche Kompetenzen dafür in unserem eigenen Land haben. Das liegt in unserem ureigenen sicherheitspolitischen Interesse.

Es versteht wirklich jeder, dass man mit dem Export von Rüstungsgütern sehr sensibel umgehen muss. In Deutschland haben wir ein Genehmigungs- und Kontrollverfahren dafür gefunden. Das haben Sie in Ihrer Regierungszeit praktiziert, und wir haben es fortgeführt. Deshalb ist es unfair, eine ganze Branche und damit die Arbeit vieler Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben pauschal zu verurteilen, als unethisch zu bezeichnen und diese Menschen damit in eine bestimmte Ecke zu stellen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Sehr gut!